

Antrag

der Fraktion der SPD
der Fraktion DIE LINKE

Öffentliche Sicherheit durch eine bedarfsgerechte Personal- und Strukturplanung der Polizei gewährleisten

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag Brandenburg sieht es als eine wichtige Aufgabe an, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen des Landes gewährleistet ist. Das setzt eine handlungsfähige Polizei voraus.

Der Landtag bittet dabei sicher zu stellen, dass eine wahrnehmbare Polizeipräsenz erhalten und kurze Interventionszeiten das Ziel bleiben. Allen Formen von Kriminalität muss wirksam durch Prävention und Strafverfolgung begegnet werden. Die Verkehrssicherheit auf Brandenburger Straßen und Autobahnen muss gewährleistet werden.

Interne Verwaltungsprozesse sollen nicht zuletzt durch gezielten Einsatz neuer Technik vereinfacht und erleichtert werden. Auch der Aufgabenkatalog der Polizeiarbeit im Lande soll überprüft, priorisiert und wo vertretbar, angepasst werden.

Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag bis zum September 2010 ein Konzept für die mittelfristige Stellen- und Personalentwicklung einschließlich notwendiger Strukturänderungen bei der Polizei des Landes Brandenburg vorzulegen.

Begründung:

Bereits in den letzten Jahren hat in Brandenburg vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung ein deutlicher Personalabbau bei der Polizei stattgefunden, der auch in den nächsten Jahren fortgeführt wird.

Durch die vorhersehbaren altersbedingten Personalabgänge wird dieser Prozess ohne Kündigungen stattfinden können. Anzustreben ist jedoch im Interesse einer angemessenen Altersstruktur zugleich eine kontinuierliche und qualifizierte Ausbildung von Anwärtern an der Fachhochschule der Polizei und die Einstellung junger Polizistinnen und Polizisten.

Datum des Eingangs: 12.01.2010 / Ausgegeben: 12.01.2010

Die weitere Personalentwicklung muss deshalb längerfristig geplant werden.

Das Konzept soll auch aufzeigen, wie die für eine wirksame Prävention und Verbrechensverfolgung notwendigen bürgernahen Interventionszeiten gewährleistet werden, ob bei der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung neue Prioritäten gesetzt werden und welche internen Verwaltungsprozesse optimiert werden müssen.

Dr. Dietmar Woidke
Für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
Für die Fraktion DIE LINKE